

Dr. Eva Kreisky, Institut für Politikwissenschaft - Universität Wien

[EvaKreisky.at](http://evakreisky.at/) (<http://evakreisky.at/>)

Eva Kreisky

Ver- und Neuformungen des politischen und kulturellen Systems. Zur maskulinen Ethik des Neoliberalismus.

[Erschienen in: Kurswechsel, Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Heft4/2001, S. 38 - 50]

Neoliberalismus ist nicht nur eine besondere Sicht der Ökonomie, eine Doktrin radikalierter kapitalistischer Marktökonomie. Er (ver-)formt zudem das politische und kulturelle System, indem er Asozialität organisiert (Gerlach 2000, 1065) und antipolitische Versionen von Politik vorantreibt. Insofern tangiert er auch die Strukturierung von Geschlechterverhältnissen wie der Geschlechterordnung.

1. Neoliberalismus als "säkulare Religion"

Neoliberalismus ist das Politikprojekt männlicher Eliten, die ungetrübte Freiheit für Vermögende und optimale Bedingungen für Shareholders im Sinne haben, damit verbundene Massenarbeitslosigkeit und Verarmung ohne moralische Bedenken in Kauf nehmen. Die "Utopie" des Neoliberalismus handelt daher also vom profitprotezierenden Modell "autoritäre[r] Marktgesellschaft" (Ptak 2000, 203), vom "Totalitarismus" des Marktes (Schui et al. 1997, Plehwe/Walpen 1999, 220), vom Postulat des "allseits verfügbaren Menschen" (Gerlach 2000, 1052ff.), von Fetischisierung der Warenform, von Heiligung der Marktmacht wie der Profite sowie von Ent-Mächtigung und De-Legitimierung von Politik und Staat. Neoliberalismus ist das bestimmende Narrativ der Gegenwart.

Während sich klassischer Liberalismus gegen Absolutismus und feudale Relikte gerichtet und Prozesse gesellschaftlicher Demokratisierung angestoßen hatte, eifert spätmoderner Wirtschaftsliberalismus gegen alles, was sozialistisch oder "kollektivistisch" scheint (Goldschmidt 2000, 180). Also liest Pierre Bourdieu (1998, 110) Neoliberalismus als "Programm der planmäßigen Zerstörung der Kollektive". Dies ist der minimale ideologische Nenner wirtschaftsliberaler Vielförmigkeit. Neoliberalismus ist kein homogenes, geschlossenes Denk- und Praxismodell, er existiert in unterschiedlichen Versionen. Trotzdem verfolgen Neoliberalismen eine gemeinsame Absicht, besonders da sie den Markt als "eine Art permanentes ökonomisches Tribunal" (Foucault 1979, zit.n. Lemke 1997, 249) erträumen.

Der "Glaube an die allgemeinen Segnungen des Profits" (Polanyi 1995, 186) wie an die Adäquanz der Marktform für alle Facetten gesellschaftlichen Lebens bewegt keineswegs nur Bürgerliche. Die Variationsmöglichkeit politischer Anwendung lässt eine respektable Gläubigerschar unter dem Dach des Neoliberalismus zusammenkommen; vom Konservatismus über Rechtspopulismus bis hin zu Sozialdemokratie und selbst Grünen, fast immer und überall sind es marktliberale Phrasen, die politische Programmatiken nunmehr unterfüttern. Neoliberalismus hat sich als "populares" Paradigma in den Köpfen festgesetzt. Entgegen sonstiger Interessendifferenzen scheint man vor allem in einem Punkt einig, dass nämlich der "standortbedrohende" Sozialstaat auf dem Altar der Unternehmerprofite zu opfern sei, soll globale "Standortkonkurrenz", das Rennen "um die asozialsten Lebens- und Arbeitsbedingungen" (Gerlach 2000, 1055), durchgestanden werden. "There is no alternative" (Thatcher), heißt es im Blätterwald und schallt es aus den TV-Geräten.

Artikulierte und organisierte gesellschaftliche Interessen, etwa solche gewerkschaftlicher oder feministischer Art, erscheinen Neoliberalen per se dubios und politische Demokratie gilt ihnen als "Haupttriebfeder des Interventionismus" (Polanyi 1995, 200f.). Sowie so erscheint Neoliberalismus als eine Art Verschwörungstheorie: Protektionismus wird aufgespürt und als verdächtig bekämpft, wo sich durch ungezügelter Marktkräfte bedrohte soziale Interessen zu schützen suchen; Protektionismus zum Vorteil von Kapitalinteressen dagegen wird verheimlicht oder notorisch unterspielt.

2. Neoliberalismus als Gegenreform

Staat wie Ökonomie sind verdichtete soziale Verhältnisse; in ihrem Kern verkörpern sie sedimentierte männliche Lebens- und Erfahrungswelten, maskulin aufgeladene Wertsphären und männliche Symbolordnungen. Wenn nun Neoliberalismus (Sozial-)Staatlichkeit, die immer noch großteils männerbündisch hergestellt wird, aushöhlt und schwächt, lässt er nicht automatisch auch traditionelle Männlichkeitsmuster erodieren. Vielmehr können sich manche der verbrauchten oder erschlafenen Aspekte von Männlichkeit unter den Gegebenheiten der "unsichtbaren Hand" des Marktes unauffällig regenerieren; Patriarchalismus und Maskulinität werden marktgerecht erneuert und so wieder gestärkt.

Neoliberalismus präsentiert sich als Projekt gesellschaftlicher Modernisierung, setzt zugleich aber auf Re-Traditionalisierung sozialer Verhältnisse: Individualisierung und "Egomanisierung" werden forciert, soziale Ent-Bindung ist als "Qualität" neoliberaler, "flexibler" Menschen gern gesehen. Es sind allesamt gesellschaftliche Tendenzen, die aber das traditionelle Familienmodell obsolet machen (Mahnkopf 2001, 92). Daher muss das patriarchale Familienmuster politisch gestützt werden, um sich der Familie als stabile "Schlüsselinstitution" der Marktwirtschaft sicher bleiben zu können (Capaldi 1998, 91). So gelten "Freiheit des Individuums" und "Freiheit der Familie" dem neoliberalen Wortführer Milton Friedman (1976, 32) als höchstes Ziel aller sozialen Einrichtungen. Seltsamerweise identifiziert er aber "die Familie und nicht das Individuum" als "wirksame Urzelle unserer Gesellschaft" (ebd., 58). Dem reaktionären Familialismus republikanischer Wahlbewegungen in den USA war wohl Respekt entgegenzubringen, peilte man doch ein größeres politisches Ziel an, die Destruktion hemmender "kollektiver" Subjekte wie das Ende sozialen "Interventionismus". "[D]ie Bejahung der Familie als Kern der Gesellschaft [gründet sich] mehr auf ihre Zweckmäßigkeit als auf ein Prinzip", gesteht Friedman daher ein (ebd.). Patriarchalismus wie paternalistisches Staatsverständnis scheinen – als vergleichsweise geringere Übel – mit den (maskulinistischen) Glaubenselementen des Neoliberalismus versöhnbar.

Neoliberale Marktgläubigkeit wird als "Sachzwang" in öffentliches Bewusstsein eingeschrieben, um sich nicht als "interessengeleitetes Handeln" zu outen, sondern als "unausweichliches Wirken anonymer Kräfte" zu erscheinen (Gerlach 2000, 1055). Die Gesetze des Marktes, aber auch die Sichtweisen der (neo-klassischen) Ökonomen muten "sakralisiert" an: An ihnen kann – Naturgesetzen gleich – nicht gerührt werden; Marktgesetze können verkündet, bekräftigt und administriert, nicht aber verändert werden. Neoliberalismus beruht auf einem Fundament von "Gläubigkeit", Marktgläubigkeit, und generiert dementsprechend eine "Glaubensgemeinde" jener, die materiell direkt von ihm profitieren, wie jener, die über ihn ihre politische Existenzberechtigung zu behaupten trachten und dazu die großen Massen der Bevölkerung zu bändigen haben (Bourdieu 1998, 110). Inklusivität des Glaubens wirkt immer exklusiv: Seine Grundsätze und Anliegen werden "verkündet" und Überzeugungen werden "missionarisch" hergestellt. Mitnichten geht es um Einsicht oder Durchblick, um Autonomie der Subjekte oder Möglichkeiten verändernden Handelns. Offene Interaktion und kritischer Dialog bilden kaum Regulative von Glaubenspraxis, leicht mündet Gläubigkeit, selbst jene an die paradisiatischen Marktgesetze, in abgeschottete Orthodoxie, in einen Fundamentalismus des Marktes.

2. Neoliberalismus als Gegenreform

Neoliberalismus dient – mehr oder weniger offen – als "Theorie der Rechtfertigung", zumal er die gewaltige Konzentration von Einkommen und Vermögen bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit und Verarmung zu legitimieren sucht (Schui 1996). Das bislang in westlichen Industriegesellschaften akzeptiert gewesene Primat wohlfahrtsstaatlicher Politik soll schleunigst in ein Primat blanker Ökonomie, sprich: unbeeinträchtigter Profitmöglichkeiten, gewendet werden. Nun wird gesellschaftlicher Reichtum von unten nach oben umverteilt. Neoliberalismus ist eine Strategie, die in ihrem Ergebnis Arme ärmer und Reiche reicher macht. Noam Chomsky (2000, 50) veranschaulicht ihn daher als "Sozialismus für die Reichen".

Dem Neoliberalismus gelten Vorhaben demokratisch-emanzipatorischer Gesellschaftsreform als "Mißbrauch der Vernunft" und partizipatorische Demokratie wird von ihm als "totale Demokratie" denunziert (Hayek 1959, zit.n. Schui 1996, 110). Zur Taktik des Neoliberalismus gehört es, sich selbst als "modern" zu präsentieren, während gesellschaftspolitische Optionen, die sich auf Werte der Aufklärung berufen oder politische Ziele wie Gleichheit und Gerechtigkeit verfolgen, als "antimodern" denunziert werden. Das Verständnis von Modernität wird verkehrt. Dem können, zur Zeit jedenfalls, "emanzipatorische Bewegungen und Ideen" offenbar nicht genug an Glaubwürdigkeit und Popularität entgegensetzen (Ptak 2000, 212).

Wiederherstellung von Demokratie bedeutete nach 1945 – zumindest in Deutschland und Österreich – oftmals auch Anknüpfen an mehr oder weniger autoritäre politische Denkweisen der Zwischenkriegszeit, einer Hoch-Zeit anti-demokratischer Männerphantasien (Theweleit 1987). Gesellschaftskritik und politische Opposition erfolgten in der Nachkriegsära zunächst entlang traditioneller Bewegungs- und Denkmuster, Entpatriarchalisierung der Geschlechterverhältnisse schien überhaupt nicht auf der demokratiepolitischen Agenda auf, und Frauenpolitik kam bestenfalls im Kostüm traditioneller Familienpolitik daher.

Erst in den siebziger und achtziger Jahren waren neue soziale Bewegungen, intellektuelle Strömungen und politische Kräfte hervorgetreten, die gesellschaftliche und politische Wertpräferenzen wie Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, sozial-ökologische Sensibilität, Nord-Süd-Gerechtigkeit, Ent-Patriarchalisierung sowie Geschlechter-Egalisierung usw. herausarbeiteten, sie als machbar erscheinen ließen und nicht bloß ritualisiertem, entpolitisiertem Parlamentarismus oder der Profit- und Expansionssucht eines ungehemmten Kapitalismus frönten. Es wuchsen zugleich aber auch (Über-)Erwartungen an den Staat in seiner Bedeutung als sozialer und ebenso geschlechterpolitischer Regulator. Instrumente sozial- und rechtsstaatlicher Intervention wurden als auch geschlechterpolitische Drehpunkte identifiziert und frauenpolitisch genutzt.

Zugleich erstarkten gesellschaftliche und politische Gegenkräfte, die diesen sozial-, geschlechter- und demokratiereformerischen Augenblick im langen Lauf sozial ungerechter und sexistischer Geschichte anhalten und "überwinden" wollten. Die Militärdiktatur in Chile unter Augusto Pinochet (1973 bis 1989) wie die politischen Projekte des "Thatcherismus" (1979 bis 1990 bzw. 1997) und der "Reaganomics" (1981 bis 1989 bzw. 1993) fungierten als neoliberale Vorhut einer fundamentalen Reorganisation des globalen Kapitalismus. Anders war die Situation 1989, die (Wieder-)Herstellung formaler Demokratie in Mittel- und Osteuropa, die zunächst wegen des politischen und ideologischen Vakuums auch eine welthistorische Stunde für die "Chicago Boys"¹ sein konnte. Hier wollte sich der Neoliberalismus als welthistorisch erfolgreiches Gegenmodell zum abgesackten "Staatssozialismus" plazieren. Die Erfahrungen mit einer "neoliberalen Radikalkur", wie sie in Chile erfolgt war, von Milton Friedman als "short, sharp shock" charakterisiert, konnten nun als Dogma der Unfehlbarkeit unregulierter Märkte weltweit verkündet und exportiert werden. Chile hatte für Hayek wie Friedman den Symbolwert eines "verheißenen Landes": Hier fanden sie – im Schatten der Militärs, fernab von Demokratie – optimale Laborbedingungen für ihr liberales Politikexperiment. Von Chile aus eroberten dann die "Chicago Boys" als Wirtschaftsberater auch west- und ost-europäische Metropolen (Walpen 2000, 1077). Anders am Neoliberalismus unserer Tage sind also die günstigen Möglichkeiten seiner "Globalisierung", die primär auf seiner neuen Feindlosigkeit ruhen. Nur wenige Staaten sind es noch, die außerhalb des neoliberalen Diktats existieren.

Milton Friedman, Begründer der Chicagoer Schule des Monetarismus, hatte 1963 (im Zuge seiner Parteinarbeit für eine Präsidentschaft Barry Goldwaters) in einem programmatischen Text zur Popularisierung des marktradikalen Kapitalismus dekretiert, dass Gewinnstreben zum Wesen westlicher Demokratien gehöre (dt. Friedman 1976). Jede Regierung, die nicht uneingeschränkt auf Marktstrategien setze, wäre "antidemokratisch". Der Staat dürfe die "magischen Kreise" des Laissez-faire nicht stören; er habe Privateigentum wie Realisierung vertraglicher Rechte zu schützen, Produktion und Verteilung dagegen sollten ausschließlich über Marktmechanismen reguliert werden: Freiheit als ungestörtes kapitalistisches Treiben. Neoliberale Freiheit ist "negative Freiheit" (Berlin 1958, zit.n. Hirschman 1995, 96), Freiheit von Übergriffen, solcher des Staates, der Gewerkschaften oder auch sozialer Bewegungen. Neoliberale Freiheit ist exklusiv, sie wird eingeführt als eine Politik des "freien" Marktes sowie der Protektion "freien" Unternehmertums. Sie meint "Emanzipation" des Kapitals und "Freiheit" vom Staat für Kapitalinteressen. Politiker sollten sich – in Friedmans Sicht – darauf beschränken, Gerichte, Polizei und Militär zu unterhalten, mithin "die Regeln des Spiels [zu] bestimmen". Mit der Erfindung der Formel von der "natürlichen Arbeitslosigkeit" exkulperte Friedman den Staat von seiner Verantwortung für Beschäftigung (Piper 1997) und geriet dadurch als "geistiger Pate des herzlosen Kapitalismus" in den Fokus der Kritik (Die Zeit, 21.6.2001).

Eine "Eigentümlichkeit" des Neoliberalismus besteht also darin, dass er "politische Ideen" hegt, "welche die Realitäten, die sie zu beschreiben beanspruchen, im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung erst hervorbringen" (Mahnkopf 2001, 93). Privatisierung und De-Regulierung sollen in Zustände zurückführen, wie sie vor Etablierung des Grundgedankens allgemeiner und umfassender sozialer Sicherheit zu Beginn des 20. Jahrhunderts existierten, demnach aber auch in "prä-feministische" Zeiten.

3. Die Geburt des Neo-Liberalismus aus einem Milieu männerbündischer Mentalitäten

Zuweilen wird Neoliberalismus als nicht existent abgetan; er wäre bloß das "Phantasma" der KritikerInnen des marktradikalen Kapitalismus (Luis Pazos, zit.n. Walpen 2000, 1066). Motiv für solch verdrängende Abwehr ist die negative Wendung, die der Begriff genommen hat: Dem Requisitenfundus rechten Denkens entstammend wurde er allmählich gedreht und zum gesellschaftskritischen Synonym für gnadenlosen Kapitalismus. Angesichts fühlbarer Katastrophen und wachsender Skepsis bemühen sich Agitatoren des Marktes um ideologische Kindesweglegung, indem Neoliberalismus zur politischen Erfindung seiner KritikerInnen stilisiert wird. Neoliberalismus ist aber neoliberaler Eigenbau, bis hin zu seiner Bezeichnung.

3. Die Geburt des Neo-Liberalismus aus einem Milieu männerbündischer Mentalitäten

Die neoliberale Offensive der siebziger Jahre erfolgte nicht unversehens, sie war seit langem hinter den Kulissen von einem Klüngel rechter, männlicher Intellektueller vorbereitet worden. Die Geschichte des Neo-Liberalismus ist die "Geschichte eines intellektuellen Eroberungsfeldzuges" (Dixon 2000, 7), der 1938 in Paris gestartet worden war, wo sich die internationale Avantgarde des militanten Wirtschaftsliberalismus, angeregt durch Walter Lippmanns Buch "The good society" (1937) und höchst splendid unterstützt durch Wirtschaftskreise, erstmals zu einem "internationalen Kreuzzug" verabredete. Damals wurde Neoliberalismus auch als Konzept im heutigen Sinne eingeführt, weil man sich vom demokratisch kompromittiert scheinenden Liberalismus wie "bedenklichen" Inhalten des politischen Liberalismus überhaupt abzusetzen wünschte (Plehwe/ Walpen 1999, 207).

1947 traf man sich erneut, diesmal in der Region von Genf, zur Gründungstagung der "Mont Pèlerin Society", um den neoliberalen "Kreuzzug gegen den marxistischen und keynesianischen Totalitarismus" zu institutionalisieren (Montalbán 2000, 78). Wirtschaftsliberale Ökonomen organisierten sich fortan in transnationalen Netzwerken, sogen. Think-Tanks, "Denkfabriken" gegen kollektivistische Ideologien (Desai 1994, 44) wie gegen "das estatistische Ausuferndes Westens" (zit.n. Dixon 2000, 9f.). Es war eine nach dem Modell der "Evangelisierung" und militärischer Eroberung ausgerichtete Strategie zur Verbreitung einer radikalen Marktdoktrin. Nicht bloß zufällig waren es männerbündische Paradeinstitutionen, Militär und Kirche, die der marktbefreienden Kampagne als Prototypen dienten.

Keinesfalls ungewöhnlich ist die militärische Wortwahl, die Beschreibungen der Durchsetzung neoliberaler Anliegen dominiert. So spricht Milton Friedman über die frühe "Mont Pèlerin Society" als einen "Treffpunkt zahlenmäßig unterlegener Truppen" (zit.n. Nash 1976, 26). In einem fort ist von Schlachten die Rede, die es gegen sozialistische Ideen wie gegen die Politik des New Deal und des Keynesianismus zu schlagen gilt. Friedrich A. von Hayek sah es als sein lebensleitendes Prinzip an, "to fight and win the intellectual battle" (zit.n. Cockett 1995, 139). Die "Mont Pèlerin Society" funktionierte demgemäß auch wie ein Netzwerk "alter Kameraden". Zugleich aber wies sie eben auch sektenhafte Züge auf (Desai 1994, 44).

Die "Evangelisten" des Neoliberalismus wünschten eine radikale Neuordnung von Ökonomie und Politik, eine von staatlichen und gewerkschaftlichen Eingriffen "befreite" Ökonomie. Neoliberalismus umfasst ein System ideologischer Intentionen und gesellschaftlicher Praktiken, das Waren- und Finanzmärkte von (national)staatlichen Fesseln befreien, Regulationsspielräume staatlicher Politik aber einengen möchte. Der Zusammenschluss in der "Mont Pèlerin Society" zielte darauf, den Markt zu vermarkten, das marktradikale Credo in die Köpfe gewichtiger gesellschaftlicher Eliten einzuschreiben, also jene Männer zu bekehren, die die privatwirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Arkana der Macht kontrollieren.

Bis Mitte der siebziger Jahre existierte der illustre Kreis "wirtschaftsliberaler" Ökonomie-Männer trotz intensiver Vernetzung in politischer Isolation, aber in strategischer Überzeugung von der Unerlässlichkeit eines langen missionarischen Atems, der schließlich ideologische Hegemonie und politische Macht eintragen würde (Dixon 2000, 11f.). Ludwig von Mises zeigte sich 1926 noch skeptisch, was die Möglichkeit eines raschen Sturzes des "Systems des Interventionismus" anlangte, als er meinte, dass die Anhänger des freien Marktes sich auf ihn "für die nächsten Jahrzehnte und vielleicht auch ein Menschenalter" einstellen müssten (Mises 1926, zit.n. Fiehler 1999, 243). Auch Friedrich A. von Hayek prognostizierte, dass zur Durchsetzung des Konzepts des Neoliberalismus mit einem Prozess zu rechnen wäre, der sich über zwei bis drei Generationen erstrecken würde (Walpen 2000, 1071). Beide sollten recht behalten, denn erst die krisenhaften Tendenzen westlicher Ökonomien und Gesellschaften ab Mitte der siebziger Jahre brachten die keynesianische Politikstrategie ins Trudeln und bescherten dem Marktliberalismus Auftrieb (Altvater 1981, 5). Der zunächst elitär gehaltene Diskurs sollte sich allmählich zu einem "populären", teilweise sogar (rechts)populistischen, Diskurs ausweiten.

Gelehrtenzirkel etablierten sich auch im 20. Jahrhundert noch als Männergemeinschaften. Dies gilt ebenso für die nach 1938 aufkommenden neoliberalen Expertenzirkel, die, als "Think-Tanks", intellektuelle "Panzer" metaphorisch in das öffentliche Bewusstsein gebracht, eine überaus enge gedankliche Verflechtung von Wissenschaft, Politik und Militär anzeigen, allesamt männlich hermetische Welten. In diesen "Tanks" organisierten sich Ökonomen, denen die Kultur britischer Männer-Klubs oder das ideelle Universum deutscher Männerbünde vertraut waren. Militär, Wissenschaft und Politik waren jene sozialen Felder, in denen auch in den zwanziger und dreißiger Jahren männerbündische Strategien erlernt und internalisiert wurden.

Dass sich die ökonomische "Konter-Revolution" in männerbündischen Gelehrten-, Banker- und Publizistenzirkeln für die Zukunft eines unumschränkten Marktregimes präparierte, lässt sich an der "Mont Pèlerin Society" illustrieren. Diese deklarierte sich zwar niemals explizit als Männerbund, funktionierte de facto aber wie ein solcher. Männerbünde im klassischen Sinne sind zu erkennen an ihrer (formellen wie informellen) Schließung gegenüber Frauen wie ihrer Abspaltung weiblicher Existenzweisen überhaupt, sie sind aber auch über eine gemeinsame Ideologie, die Konfiguration ihrer Feindbilder, ihre Tendenz zu Geheimbündelei, ihre absonderlichen Geselligkeitsformen sowie ihre spezielle Form der Kameraderie zu

identifizieren. Ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, "wir" und "die anderen" in einem erkennbaren Verhältnis von Über- und Unterordnung, reguliert die Demarkation gegenüber "außen" und verwaltet die Emotionen der meist männlichen Eliten. So diente auch die "Mont Pèlerin Society" als "emotional refuge from a [...] largely sceptical world" (Desai 1994, 44). 1973 erinnert sich Hayek an das männerbündische "Bunkergefühl" jener heroischen Gründerzeit: "I am perfectly confident that each of us has been enabled to persist in his effort and to do it with more confidence and more satisfaction, because we had the comfort of knowing that we could agree about its intellectual justification at least with some other people" (Hayek 1973, zit.n. Desai 1994, 44).

Ein gewisses Maß an klandestiner Organisation erschien der ökonomischen Konter-Bande, wie sich diese "intellektuelle Reaktion" insgeheim eigentlich verstand, angemessen. Die "founding fathers" (Cockett 1995, 110) etablierten die "Mont Pèlerin Society" daher von Anbeginn als "an obscure and somewhat secretive Organization", die "reassurance, comfort and camaraderie to individual liberals" (ebd., 118) bedeuten sollte, um sie gegen ein, wie sie sich einredeten, feindlich gesinntes, zumal "kollektivistisch" infiziertes, intellektuelles Umfeld zu wappnen. Viele der neoliberalen Vordenker stilisierten sich denn auch als "Opfer" einer keynesianischen, "planwirtschaftlichen" oder gar sozialistischen Hegemonie in der akademisch-ökonomischen Welt (vor allem Großbritanniens), die zudem auch politisch höchst "attraktiv" schien, galt es doch – in der Nachkriegszeit in besonderem Maße –, die breiten (Wähler- und Arbeits-)Massen bei Stimmung zu halten zwecks Rekonstruktion des westlich-kapitalistischen Systems. Bescheidene soziale Wohlfahrt war der politische Preis hierfür, den zunächst selbst Konservative zu zahlen bereit waren.

Selbst die später sich formierenden, als "Chicago Boys" weltweit sich vermarktenden Monetaristen tragen Chiffren männlicher Vergemeinschaftung im Namen: Die Bezeichnung steht für den Schülerkreis um Milton Friedman, den sie als ihren "geistigen Vater" betrachten. Im Label der "Chicago Boys" erscheint das Männliche nicht als beiläufig plazierter Code, vielmehr werden in ihm Attribute männlichen Gefolgschaftsdenkens wie männerbündischer "Gleichheit" kenntlich. Der Bezug auf "Chicago" symbolisiert, über den Ort seiner Tätigkeit, Milton Friedman als den Spiritus rector der neoliberalen Gegenbewegung, reflektiert zugleich aber eine für Männerbünde typische Befindlichkeit, die immer auch "erotisch" gefärbte Beziehung zwischen geistigen "Vätern" und ihren (Wahl-)Söhnen", zwischen "Meistern" und "Jüngern". Zugleich aber bleibt mit den "Boys" auch die "Verbrüderung" unter "gleichen" Männern angesprochen.

Obwohl die "Kader für den Neoliberalismus" (R. Courtin, *Le Monde*) männlich waren (Cowling 1990, XXXVI; Walpen 2000, 1072), wäre es unangemessen, den Blick nur auf biologisches Geschlecht zu heften. Zwar waren es nicht viele, aber vereinzelt gab es doch auch Frauen in "transnationalen Elitennetzwerken". Margaret Thatcher, Großbritanniens berüchtigte "eiserne Lady", war Proponentin eines äußerst wichtigen neo-liberalen Think-Tanks, des 1974 errichteten "Centre for Policy Studies". Damit verifiziert Thatcher die geschlechtertheoretische These, dernach Männlichkeit vorrangig sozial wie politisch konstruiert erscheint und das Männerbündische politischer Institutionen mitnichten auf biologisches Geschlecht angewiesen ist. Margaret Thatcher stellte in der fraglos rauen britischen Wendepolitik länger als ein Jahrzehnt ihren "Mann".

Dieter Plehwe und Bernhard Walpen (1999, 211f.) charakterisieren das neo-liberale Diskursnetzwerk insgesamt und nicht nur der männlichen Dominanz wegen als einen "Kommunikationsprozeß mit Öffnungs- und Schließungsaspekten". So führen sie an, dass zwischen 1974 und 1992 sieben Mitgliedern der "Mont Pèlerin Society" der "Nobelpreis der Ökonomie" zufiel. Dies legt Zeugnis für klassische männliche Seilschaftskultur. Bestimmt lag keine schicksalhafte Ballung neoliberaler Genialität vor. Nobelpreis-Träger werden vielmehr in einem (männlichen) Elitenkreislauf *gemacht*. Das Mysterium ist auch leicht zu enträtseln: War doch der langjährige Präsident des Nobelpreis-Komitees für Ökonomie, der schwedische Zentralbanker Erik Lundberg, selbst Mitglied der "Mont Pèlerin Society"². Mechanismen männerbündischer Exklusivität und Zirkularität männlicher Eliten setzten also die höchst selektive, tendenziöse Vergabepaxis in Gang. Die mehrmalige Ehrung mit dem Nobelpreis hatte dazu verholfen, neoliberalen Ideologemen größere intellektuelle Glaubwürdigkeit zu vermitteln und "Mont Pèlerin Society"-Ökonomen in der Weltöffentlichkeit aufzuwerten (Cockett 1995, 156; Plehwe/ Walpen/ Nordmann 2000). Dass hierbei nur Männlichkeit im Spiel war, ist struktureller Effekt der männerbündischen Standardform von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Diese "wohlbemannten" (Popper 1957/1980, 177) Denkfestungen generieren konsistent androzentristische Mentalitäten und Diskurse. Sowohl in Sub-Texten wie Texten finden sich Hinweise hierfür. Zwar geriert sich Neoliberalismus geschlechtsneutral, zum einen weil er geschlechtsblind ist, zum anderen aber auch um maskuline Ent- bzw. Vergeschlechtlichungen zu verbergen. Geschlechtsneutrale Narrative sind mitnichten geschlechtslos, sie trachten vielmehr, die Hegemonie männlich vergeschlechtlichter Sichtweisen aus der Kampflinie zu nehmen (Sassen 1996, 10). Es finden sich aber durchaus auch manifeste Androzentrismen in programmatischen Texten neoliberaler Ideologen: Ludwig von Mises (1927, 251) etwa bedient sich relativ offen geschlechtlich konnotierter Hierarchisierungen in seiner Darstellungsweise und artikuliert

4. Soziale Zerklüftung und neoliberale Staatstransformationen

ungeniert seinen die "Härtung" des Liberalismus anpeilenden maskulinistisch-ideologischen Unterton: "[D]er vielgescholtene Manchesterliberalismus [hat] jedenfalls eine sehr viel männlichere und mutigere Haltung" gezeigt, als all jene Wehleidigen, denen "auf jedes Wehwehchen, und sei es noch so klein, sofort von öffentlicher Hand ein möglichst großes Pflaster geklebt wird".

Soziale Demokratie begründende "Bedarfsgerechtigkeit" wird abqualifiziert, nur die "Wildnis" des Marktes sei "leistungsgerecht". In ihr wären männliche Risikobereitschaft, Härte, Robustheit, Mut, Tüchtigkeit und Beharrlichkeit gefragt, was als "Flexibilität", "Aktivität" und "Leistungsstärke" idealisiert wird. Neoliberal forcierte "Leistungsgerechtigkeit" trägt insofern "exkludende Züge", als sie Frauen und die ihnen "angestammten" reproduktiven Tätigkeiten ausschließt (Mahnkopf 2001, 105). Der Sozialstaat wäre abzulehnen, zumal er "verweichliche", Männlichkeit "effeminieren". Der wohlfahrtsstaatliche Habitus wird als "inflexibel", "passiv" und "leistungsschwach" gedeutet und dementsprechend minder bewertet. Auch Walter Lippmann (1937, 370) hatte dem Liberalismus eine "great tradition" attestiert, jedoch bedauert, dass er "[had] become softened by easy living". Die Konsequenz daraus ist simpel für Marktradikale: Es soll endlich wieder gekämpft werden im sozialen Feld. Die "Ramboisierung" von Ökonomie und Gesellschaft gibt das auch maskulinistisch gestärkte Leitbild des Neoliberalismus ab. "Wilder" Kapitalismus und (nur noch im symbolischen Sinne) "wilde" Männlichkeit scheinen wieder eins zu werden.

Weil das agonale Milieu des Marktes nicht für alle Menschen gleich "bekömmlich" ist, sind Varianten symbolischer Abfederung oder sozialer Blendung nötig. Anfang der fünfziger Jahre, als der Neoliberalismus sich als "Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus" (Rüstow 1953) zu bewähren trachtete, legte er sich ein "soziales" Kostüm an, und so wurde von (deutschen) Vertretern der "Mont Pèlerin Society" der Slogan von der "sozialen Marktwirtschaft" kreiert. Sie fungiert als "Verteidigungsprogramm" des Neoliberalismus (Ptak 2000, 211), das vor allem dann virulent wird, wenn Legitimationsdefizite aufbrechen (wie etwa in den Transformationsländern des Ostens oder in den Schwellenländern des Südens) oder um klassischen Arbeitnehmerparteien soziale Klientele politisch abspenstig zu machen sind (so geschehen in Deutschland, Großbritannien oder Österreich).

Im 1932 einsetzenden Sonderweg des Ordo-Liberalismus der "Freiburger Schule" wurde die Variante eines "autoritären Liberalismus" (Haselbach 1991) lanciert, mittels derer es die "jämmerliche Schwäche des Staates" (Rüstow 1932) im Wege eines plebiszitären Führerprinzips zu überwinden galt. Zugleich aber sollten die "rücksichtslos zur Macht drängenden Massen" (Röpke 1933, 106) mit Hilfe scheinconsensualer, eigentlich paternalistisch agierender Marktwirtschaft ruhiggestellt werden. Durch Diffusion von Besitz (Volksempfänger, Volkswagen, Eigenheim, Volksaktien, Mitarbeiterbeteiligungen usw.) sollte eine "Entproletarisierung" der (männlichen) "Massen" eingeleitet werden (ebd., 113). Die Idee von der "besitzenden" Volksgemeinschaft sollte auch in der nationalsozialistischen Programmatik ihren männergerechten Niederschlag finden. Noch wichtiger aber war sie im Zuge der postfaschistischen Nachkriegsrekonstruktion. Angesichts der Nachwehen der Ausschaltung der Gewerkschaften wie der Pervertierung von Sozialpolitik im Gefolge der NS-Ära sowie in Anbetracht der Verunsicherung der kapitalistischen Ordnung durch den Kommunismus Ende der vierziger Jahre bedurfte man – wenn schon nicht neuer Sozialstaatlichkeit, so doch – suggestiver Ablenkung. "Soziale Marktwirtschaft" war eine solche Wortfahne der Täuschung, die Frauen freilich nur als anspruchslose Familienfrauen zu imaginieren vermocht hatte.

4. Soziale Zerklüftung und neoliberale Staatstransformationen

Die sich nach neoliberalem Diktat ausformende Weltordnung wird gespaltener und unsozialer sein als zuvor. Einer der Mentoren hat Neoliberalismus auf seinen unsozialen Punkt gebracht: "Ich kann nicht sozial denken, denn ich weiß gar nicht, was das ist" (Hayek 1979, zit.n. Piper 1997)³. Neoliberale Reform- und Modernisierungsrhetorik initiiert – keineswegs nur zaghaft oder schleichend – Rückkehr zu fundamentaler Ungleichheitspolitik. Indem Perfektheit und Superiorität des Marktes suggeriert und forciert werden, verschärfen oder erneuern sich institutionelle Arrangements sozialer Exklusivität. Ökonomische Globalisierung ordnet regionale, soziale oder/und geschlechtliche Unterschiede und Komplementaritäten neu (Jessop 1997, 279), was bis zu einem gewissen Grade aber impliziert, dass Geschlechterverhältnisse auch "re-traditionalisiert" werden.

Die Implementierung monetaristischer und anti-etatistischer Zielwerte verschärft Konkurrenzkämpfe, Konkurrenz zwischen Unternehmen und Konkurrenz in Unternehmen, Konkurrenz zwischen sozialen oder ethnischen Gruppen und Konkurrenz zwischen den Geschlechtern wie Konkurrenz innerhalb einer Genus-Gruppe. Ein "Kult des *winner*" herrscht keineswegs nur in oberen Etagen von Staat und Wirtschaft, er "[setzt] den Kampf eines jeden gegen jeden ins Recht [...] und den normativen *Zynismus* all seiner Praktiken" (Bourdieu 1998, 116, Hervorh.i.Orig.). Dies geschieht durch Druck auf ArbeitnehmerInnen, sie haben mobil und flexibel zu sein. Der "Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit" wird zunehmend "in die Subjekte" selbst hineinverlagert (Gerlach 2000, 1065). Die "Verdinglichung" der Menschen, ihre Reduktion auf "betriebswirtschaftliche

Rechengrößen" schreitet voran (ebd.). Arbeitsintensivierung und Lebensarbeitszeitverlängerung werden synchron zur Vernichtung von Erwerbsarbeitsplätzen vorangetrieben. Geradezu rastlos werden interne Organisationsstrukturen "abgeschlankt" und "Arbeitskosten" gedrückt.

Desgleichen ist der Staat mit seinen üppigen Agenturen "abzuschlanken" ("outsourcing", "lean state"), dazu wird er "filetiert": Lukrative Teile werden herausgelöst und privatisiert; leistungs-, arbeits- und kostenintensive Bereiche verbleiben zunächst, aber auch die werden schrittweise dereguliert, abgeschichtet und letztlich "weggespart". Dass Strangulierung und Ökonomisierung des öffentlichen Sektors aber auch soziale Entrechtung und Verarmung für viele, besonders aber für Frauen bedeutet, bleibt dethematisiert. Der "schlanke" Staat ist einer, dem vor allem sozial-, geschlechter- und bildungspolitische Regulierungspotenziale "abgespeckt" werden. Staatliche Schuldentilgung soll als eine Art Opfer fühlbar werden. Die Zwangspolitik des "Null-Defizits" kommt verordneter Askese für die erwerbslosen und sozial schwachen Massen gleich; Mächtigen und Reichen bleibt dagegen die Freiheit, in Völlerei und Luxus zu schwelgen oder sich einer asketischen Lebensweise (in Sportstudios und vegetarischen Restaurants) hinzugeben.

Bislang einigermaßen regulierte und kontrollierte Arbeitsbedingungen sowie hart erkämpfte soziale Abfederungen brutaler Marktfolgen werden nunmehr rasant entregelt. Jahrzehnte sozialer Kämpfe und sozialstaatlicher Befriedung werden binnen kürzester Zeit "entsorgt". Besonders hart trifft dies die Gesellschaftsreformen reichlich spät nachholende Frauenbewegung und Frauenpolitik vergangener Jahre. Der paradigmatische Blick des Neoliberalismus betrachtet die Welt aus dem Blickwinkel nord-westlicher hochtechnisierter Unternehmen wie hochqualifizierter Arbeitskräfte, eine überwiegend privilegiert-männliche Blickrichtung also. Aus einer solchen Perspektive erscheinen Frauen in ihrer Mehrheit neuerlich nur als "unsichtbarer Hintergrund" ökonomischer Praktiken, die "ausgemustert", zur Eigenverantwortung aufgerufen werden, "taugen" sie nicht (Haug 1996, 690). Geschlecht hat seine soziale Platzanweiserfunktion nicht eingeübt, es wird, im Gegenteil, an diskriminierender Relevanz zulegen.

Der Staat muss nunmehr, entmächtigt und ökonomisch bevormundet, zu erkennen geben, dass er soziale und geschlechtliche Disparitäten nicht weiter abzubauen gedenkt. Frauen- und Gleichstellungspolitik der siebziger und achtziger Jahre beruhte in ihren Kernelementen auf geschlechtergerecht modifizierter, wieder aufgenommenener Sozialstaatlichkeit. Mit rabiater Demontage von Sozial- und Bildungspolitik werden nun selbst marginale Ansätze nachholender Geschlechterreformen aufgekündigt. Neoliberaler Rückbau von Staatsmacht ereignet sich primär in ökonomisch attraktiven, zukunftssträchtigen Sektoren, was aber unweigerlich auch bedeutet: als gravierende materielle Einschränkung vornehmlich sozial-, geschlechter- und verteilungspolitischer Freiheitsgrade staatlicher Politik. Simultan zum Sozialstaatsabbau nehmen dagegen Apparaturen und Intensitäten repressiver Staatlichkeit zu (durch Rasterfahndung, Lauschangriffe und andere Wundermittel high-tech-inspirierter staatlicher Kontrolle; abzulesen auch am neuen "Kriegstreiben" gegen GlobalisierungsgegnerInnen), ein neues "Sicherheitsregime" ist im Entstehen, das Ausdruck und Folge neuer Spaltungen der Gesellschaft wie neuer Formen sozialer Kämpfe ist. Diese staatsverstärkende Tendenz wird jedoch geflissentlich unterschleiert.

Literatur

Altwater, Elmar (1981): Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 44, 5-23

Bourdieu, Pierre (1997): Die männliche Herrschaft, in: Irene Dölling /Beate Krais (Hg.), Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktionen in der sozialen Praxis, Frankfurt/M., 153-217

Bourdieu, Pierre (1998): Der Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität, in: ders., Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz, 109-118

Capaldi, Nicholas (1998): Was stimmt nicht mit der Solidarität? In: Kurt Bayertz (Hg.), Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt/M., 86-110

Chomsky, Noam (2000): Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung, Hamburg-Wien

Cockett, Richard (1995): Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931 – 1983. London

4. Soziale Zerklüftung und neoliberale Staatstransformationen

Cowling, Maurice (1990): *Mill and Liberalism*, 2. Aufl., Cambridge

Desai, Radhika (1994): *Second-Hand Dealers in Ideas: Think-Tanks and Thatcherite Hegemony*, in: *New Left Review*, 203, 27-64

Dixon, Keith (2000): *Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus*, Konstanz

Fiehler, Fritz (1999): *Sachlicher Zwang und persönliche Bevormundung. Die liberale Kritik am Wohlfahrtsstaat in den Programmschriften von Milton und Rose Friedman*, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 114, 237-254

Friedman, Milton (1976): *Kapitalismus und Freiheit*, München

Friedman, Milton (2001): "Ich hoffe, dass ich mich irre", in: *Die Zeit*, 21.6.

Gerlach, Thomas (2000): *Die Herstellung des allseits verfügbaren Menschen. Zur psychologischen Formierung der Subjekte im neoliberalen Kapitalismus*, in: *UTOPE kreativ*, H. 121/122, 1052-1065

Goldschmidt, Werner (2000): "Freier Markt" oder "Soziale Gerechtigkeit"? – Kritische Anmerkungen zu F. A. v. Hayeks "evolutionärer" Gerechtigkeitstheorie, in: Werner Goldschmidt/ Dieter Klein/ Klaus Steinitz (Hg.), *Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive*, Heilbronn, 177-193

Haselbach, Dieter (1991): *Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*, Baden-Baden

Haug, Frigga (1996): *Das neoliberale Projekt, der männliche Arbeitsbegriff und die fällige Erneuerung des Geschlechtervertrags*, in: *Das Argument*, 5/6, 683-695

Hayek, Friedrich August von (1944/1991): *Der Weg zur Knechtschaft*, Bonn

Hayek, Friedrich August von (1949/1997): *The Intellectuals and Socialism*, in: ders., *The Collected Works of F. A. Hayek*, vol. X, *Socialism and War. Essays, Documents, Reviews*, hg. von Bruce Caldwell, London, 221-237

Hirschman, Albert O. (1995): *Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Rechten*, Frankfurt/M.

Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin-Hamburg

Lippmann, Walter (1945/1937): *Die Gesellschaft freier Menschen* (engl. Orig. *The Good Society*), Bern

Mahnkopf, Birgit (2001): *Gerecht ist, was effizient macht oder: Die Entdeckung produktionsorientierter Ungleichheit durch die neue Sozialdemokratie*, in: Elmar Altvater et al., *Neoliberalismus – Militarismus – Rechtsextremismus. Die Gewalt des Zusammenhangs*, Wien, 85-111

Mises, Ludwig von (1927): *Liberalismus*, Jena

Montalbán, Manuel Vázquez (2000): *Marcos. Herr der Spiegel*, Berlin

Nash, George H. (1976): *The Conservative Intellectual Movement in America. Since 1945*, New York

Piper, Nikolaus (1997): *Die unheimliche Revolution*, in: *Die Zeit*, 5.9.1997

Piper, Nikolaus (1999): *Friedrich August von Hayek – Ökonom einer Generation*, in: *Die Zeit*, 6.5.1999

Plehwe, Dieter/ Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pélerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 115, 203-235

Plehwe, Dieter/ Walpen, Bernhard/ Jürgen Nordmann (2000): Neoliberale Wahrheitspolitik: Neo- bzw. Rechtsliberale Intellektuellen- und Think-Tank-Netzwerke als Säulen einer hegemonialen Konstellation, in: <http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/bvn/text.htm>

Polanyi, Karl (1944/1995): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 3. Aufl., Frankfurt/M.

Popper, Karl (1957/1980): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 6. Aufl., Tübingen

Ptak, Ralf (2000): Ordoliberalismus – Zur Entwicklung des Neoliberalismus in Deutschland, in: Werner Goldschmidt/ Dieter Klein/ Klaus Steinitz (Hg.), Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive, Heilbronn, 194-212

Röpke, Wilhelm (1933/1962): Epochenwende? wiederabgedruckt in: Wilhelm Röpke, Wirrnis und Wahrheit. Ausgewählte Aufsätze, Erlenbach-Zürich-Stuttgart, 105-124

Rüstow, Alexander (1932/1963): Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus, wiederabgedruckt in: Alexander Rüstow, Rede und Antwort, Ludwigsburg, 249-258

Rüstow, Alexander (1953): Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus, in: Albert Hunold (Hg.), Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach-Zürich, 97-127

Sassen, Saskia (1996): Towards A Feminist Analytics of the Global Economy, in: Indiana Journal of Global Legal Studies, 4, 7-41

Schui, Herbert (1996): Neoliberalismus – Der Versuch, die Konzentration von Einkommen und Vermögen zu legitimieren, in: Herbert Schui/ Eckart Spoo (Hg.), Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland, Heilbronn, 103-123

Schui, Herbert et al. (1997): Wollt Ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München

Theweleit, Klaus (1987): Männerphantasien, 2 Bde., Reinbek bei Hamburg

Walpen, Bernhard (2000): Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus, in: UTOPIE kreativ, H. 121/122, 1066-1079

1 Als "Chicago Boys" galten zunächst dreißig Chilenen, die zwischen 1955 und 1963 an der University of Chicago als Schüler Milton Friedmans Ökonomie studiert hatten und als "indoktrinierte" Freihandelstheoretiker nach Chile zurückgekehrt waren. Unter Pinochet gelangten sie in wirtschaftspolitische Machtpositionen und vermochten die relevanten Agenturen wirtschaftlicher Planung unter ihre Kontrolle zu bringen. Pinochet überließ die Gestaltung der Ökonomie den "Chicago Boys", wie sie von chilenischen Medien titulierte wurden, um sich selbst vor allem der Repression gegen politische Opposition wie Gewerkschaften zu widmen.

2 Auch das Nobelpreis-Komitee der schwedischen Akademie gilt als "Alt-Herren-Klub", in dem ein Schweigegebot herrsche, wie es nur noch die Mafia kenne (Gullersten, ehemaliges Mitglied des Nobelpreis-Komitees, in: 3sat, Kulturzeit, 5.10.2000).

3 "Sozial" galt Friedrich A. von Hayek (1991/1944, 109) als "Wieselwort", das "sinnentleerte Wortverbindungen" hervorbringe. Wie Wiesel Eier auszusaugen vermögen, ohne dass dies der Schale anzumerken sei, würden "Wieselwörter" andere Wörter ihres Inhalts berauben: "Was es (sozial, E.K.) eigentlich heißt, weiß niemand. Wahr ist nur, daß eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit – und ich fürchte auch, soziale Demokratie keine Demokratie ist" (Hayek 1979, zit.n. Piper 1997).

Erschienen in :

Kurswechsel, Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Heft4/2001, S. 38 - 50



```
convert(); // check if the result was an error if (PEAR::isError($result)) { die($result->getMessage()); }  
else { echo '
```

Hier gehts zu deiner PDF Datei.

```
'; } } ?>
```

evakreisky.at (<http://evakreisky.at/>) >

Vita

Projekte

Bibliografie

Onlinetexte

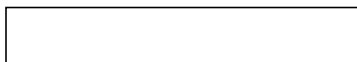
Lehrveranstaltungen

Archiv

Wissenschaftliches Arbeiten

Sitemap

Impressum



```
document.write(fun_fontSize.biggerLink); document.write(fun_fontSize.smallerLink);  
document.write(fun_fontSize.resetLink);
```

strg.at webdesign & hosting (<http://strg.at/>)